

Stellungnahme des Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschaften zur Absage der 1.Mai Demo durch den DGB

Wir als Zukunftsforum waren am 1. Mai vollkommen überrascht, als wir auf der Auftaktkundgebung erfuhren, dass der DGB die Demo abgesagt hat und dies an demokratischen Strukturen vorbei in kleinem Kreise beschlossen hat. Wir können diese Entscheidung nicht nachvollziehen. Wir finden gut, dass ver.di eine Spontandemo angemeldet hat und wollen uns bei ver.di dafür bedanken.

In Zeiten wie diesen, in denen seit Jahren die Reallöhne sinken, die öffentliche Daseinsvorsorge kaputt gespart wird, die Rüstungsausgaben steigen und die Kriegsgefahr so hoch ist wie seit Jahrzehnten nicht, braucht es kämpferische Gewerkschaften und dazu gehören auch 1. Mai-Demos. Als GewerkschafterInnen wollen wir unseren Unmut über die politische Situation zum Ausdruck bringen und gegen die zahlreichen Angriffe durch die Kapitalseite und die Regierung Stellung beziehen können. Dass wir mit diesen Positionen als Zukunftsforum nicht alleine stehen, zeigt der leere Marktplatz während der Demo. Gegen diese Entscheidung einiger DGB-Hauptamtlichen wurde von den anwesenden GewerkschafterInnen mit Füßen abgestimmt. Wir brauchen in diesen schwierigen Zeiten unsere Gewerkschaften als Interessenvertretung der arbeitenden Klassen und wir brauchen mehr Demokratie in den Gewerkschaften...

Wir wollen, dass der DGB seinen Aufgaben in diesen schwierigen Zeiten gerecht wird... Die Mitglieder haben das Recht, ihre Themen auf die Straße zu bringen. Gewerkschaften müssen immer unabhängig von Staat bleiben und dürfen nur den arbeitenden Menschen verpflichtet sein. Nur kämpfende Gewerkschaften können unsere Interessen vertreten, nicht kuschende.

Die komplette Stellungnahme hier: <https://vernetzung.org/stellungnahme-des-zukunftsforums-stuttgarter-gewerkschaften-zur-absage-der-1-mai-demo-durch-den-dgb/>

Ausstellung: Mehr Zeit zum Leben – Lieben – Lachen Kampf um die 35-Stunden-Woche hat 40 jähriges Jubiläum

Die anschauliche und interessante Ausstellung kann noch bis 9. August im Gewerkschaftshaus in Stuttgart besichtigt werden.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

Nächster Metallertreff:

Donnerstag, 18. Juli 2024 um 18 Uhr in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

Termine / Infos über uns unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>



Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften Metallertreff



Tarifrunde Metall/Elektro: Reallohnsenkungen stoppen!

Die Große Tariffkommission der IG Metall Baden-Württemberg hat am 21. Juni als Forderung für die nächste Tarifrunde Metall/Elektro eine tabellenwirksame Entgelterhöhung von 7 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie 170 Euro mehr für Auszubildende und dual Studierende beschlossen. Eine deutliche Erhöhung der Einkommen, um gestiegene Kosten auszugleichen und die Kaufkraft zu stärken, wollen auch die über 90.000 Beschäftigten, die an der Befragung in Baden-Württemberg zur Tarifrunde teilgenommen haben.

Reichen 7 Prozent als Forderung?

Wenn wir die Tarifierhöhungen der vergangenen Jahre anschauen, haben wir seit 2018 gerademal 12,8 % tabellenwirksame Erhöhungen bekommen. Die offizielle Inflation summiert sich aber in dieser Zeit auf ca. 24 %.

Also fast doppelt so hoch, wie die Lohnsteigerungen. Die aktuelle Inflation von 2,4 % liegt im Vergleich zu den Vorjahren zwar deutlich niedriger. Aber auch aktuell ist es so, dass die Preise weiter steigen, nur nicht mehr so schnell – dafür allerdings von einem deutlich höheren Preisniveau aus. Wenn die Befragten wollen, dass nach vielen Jahren von Reallohnverlusten die Kaufkraft wieder gestärkt wird, sind 7 % viel zu niedrig, insbesondere für die unteren Entgeltgruppen, die in den letzten Jahren die höchsten Verluste hatten. Es gibt zwar Aussagen, dass eine soziale Komponente in die Forderung einfließen soll, benannt wird sie aber nicht. Sinnvoll sind da immer Mindestbetrags- oder Festgeldforderungen. Dazu gab es in der Befragung leider keine Möglichkeit zum Ankreuzen. Das ist wohl vom IGM-Vorstand nicht erwünscht.



Wie sieht es mit Arbeitszeitverkürzungen aus?

Angesichts des massiven Personalabbaus in dieser Branche sind Arbeitszeitverkürzungen mehr als dringlich. Leider wurde dies in der Befragung nicht abgefragt – es wurde nur die Wahlmöglichkeiten zwischen Zeit und Geld abgefragt. Da wünschen sich fast 80 % der Befragten mehr individuelle Wahlmöglichkeiten, um beispielsweise Familie und Beruf besser zu vereinbaren oder um einen nahen Angehörigen zu pflegen. Auch die Souveränität und Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit ist den Beschäftigten wichtig. So geben nahezu 85 % an, dass das Thema große Bedeutung für sie hat. Aber: Die Erfahrung lehrt, dass bei Wahlmöglichkeiten die Absenkung der Arbeitszeit oder mehr freie Tage aus der eigenen Tasche bezahlt werden! Zum anderen spalten individuelle Wahlmodelle zwischen Zeit und Geld die Belegschaften, denn die Ausgangsbedingungen für kommende Kämpfe sind ungleich. Unser Ziel muss nach wie vor eine kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden

pro Woche bei vollem Lohn- und ggfs. Personalausgleich sein. Nur damit kann dem Arbeitsplatzabbau und dem Arbeitsdruck wirkungsvoll begegnet und eine echte Zukunftsperspektive für unserer Arbeitsplätze in Deutschland entwickelt werden. Dies lehren uns die Erfahrungen aus dem Kampf 1984 für die 35-Stundenwoche. Die Zugangsvoraussetzungen für die tarifliche Freistellungszeit (T-ZUG) zu erweitern ist zwar sinnvoll, aber keine Alternative zu Arbeitszeitverkürzungen für alle.

Ohne kämpferische Streiks werden wir die Reallöhne nicht sichern können

Trotz unserer Kritik ist klar: Die Forderung wurde erhoben und muss voll durchgesetzt werden - ohne Abstriche. 12 Monate Laufzeit – und keinen Monat mehr! Leider gibt es seit vielen Jahren andere Tendenzen – 2 bis 3 Jahre Laufzeit – das geht bei dieser Forderung gar nicht. Die Metallkapitalisten haben sich schon in Stellung gebracht: Harald Marquardt von Südwestmetall sagt, selbst eine Forderung von Null Prozent sei zu hoch. Mit anderen Worten, Lohnkürzungen wären ihm am Liebsten. Damit ein guter Abschluss durchgesetzt werden kann und der Trend der Reallohnsenkungen umgekehrt wird, braucht es Druck von der Basis, gute Mobilisierung, geschlossenes Auftreten und kämpferische Streiks. Zu oft hat der IGM-Vorstand Tarifrunden zu früh abgepfiffen und damit das Ergebnis verschlechtert. Das darf nicht wieder passieren. In der letzten Tarifrunde war bereits eine deutlich spürbare höhere Beteiligung von KollegInnen (fast 1 Million) erkennbar und es herrschte eine kämpferischere Stimmung. Daran müssen wir ansetzen. Auf keinen Fall darf sich die Gewerkschaftsbewegung dem Kriegskurs der Regierenden unterordnen. Das wäre mit Verzicht verbunden, Verzicht auf höhere Löhne, auf soziale Errungenschaften, um die Aufrüstung zu bezahlen. Verzicht auf gewerkschaftliche Rechte, auf Streikrecht, um den Kriegskurs durchzusetzen. Wir sagen: **Waffen runter, Löhne rauf! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!**

Firma TRUMPF will Krise auf die Beschäftigten abwälzen

Die allgemeine Krise des Kapitalismus sowie die Auswirkungen der geopolitischen Spannungen aufgrund von Kriegen lässt auch das Unternehmen TRUMPF nicht unbeeinflusst. Viele Mitarbeiter, die über Leasing oder Zeitarbeit im Unternehmen gearbeitet haben, sind nicht mehr hier beschäftigt. Befristungen wurden nicht verlängert. In anderen Bereichen ist Kurzarbeit angesagt. Mitarbeiter, die in Rente gehen oder das Unternehmen verlassen, werden nicht ersetzt und Neueinstellungen sind eingefroren. Für die verbleibende Belegschaft bedeutet dies mehr Arbeit und höheren Druck. Außerdem soll der Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zur Anwendung kommen, was für die Beschäftigten weniger Arbeitszeit, aber auch weniger Gehalt bedeutet und dies in Zeiten, in denen das alltägliche Leben für die Arbeiterklasse immer unbezahlbarer wird. All dies hilft dem Unternehmen, sowohl den Preis der Arbeitskraft, als auch insgesamt die Personalkosten zu senken, damit das Unternehmen noch höhere Profite schieffelt und gestärkt wird trotz Wirtschaftskrise.

Seit Jahren saht die Trumpf-Gruppe jedes Jahr mehr ab. Sowohl beim Auftragseingang als auch beim Umsatz hat Trumpf Rekordjahre zu verzeichnen! Der Abschluss des Geschäftsjahrs 2021/22 am 30. Juni 2022 erfolgte mit einem starken Umsatzplus von 20,5% auf 4,2 Milliarden Euro (Geschäftsjahr 2020/21: 3,5 Milliarden Euro), dem bisher höchsten Umsatz der Unternehmensgeschichte. Der Auftragseingang stieg um 42,1 % auf einen Wert von 5,6 Milliarden Euro (Geschäftsjahr 2020/21: 3,9 Milliarden Euro). Im letzten Geschäftsjahr hat die Trumpf-Gruppe zum Abschluss des Geschäftsjahrs 2022/23 (30. Juni 2023) ein deutliches Umsatzplus von 27 % auf 5,4 Milliarden Euro erreicht. Für immer höhere Profite soll die Belegschaft bluten. Gegen Personalabbau, Kurzarbeit, Lohnraub und steigende Arbeitshetze! Nicht nur bei Trumpf – in vielen Maschinenbaubetrieben und bei Autozulieferern sind die Angriffe ähnlich. Unsere Macht liegt im gemeinsamen Kampf!



Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen. Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Mrd. Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen. Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Aufruf unterzeichnen: <https://gewerkschaften-gegen-aufruestung.de/>

Nein zum Kürzungshaushalt und weiteren drohenden Angriffen! Hände weg vom Streikrecht! Jetzt Widerstand gegen den Klassenkampf von oben organisieren!



Die Bundesregierung hat Kürzungsmaßnahmen beschlossen, die große Teile der Bevölkerung hart treffen – sei es in Bezug auf steigende Strom-, Sprit- und Gaspreise, scharfe Sanktionen beim Bürgergeld, weniger Geld für Investitionen in den Schienenverkehr und den ÖPNV. Doch dies ist erst der Anfang. Laut denken Vertreter*innen der Kapitalinteressen über weitreichende Angriffe und eine Wirtschaftsagenda nach: Sie bringen Forderungen auf wie

die Senkung von Unternehmenssteuern, Verlängerung und weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten bei den Arbeitszeiten, Begrenzung der Sozialabgaben, Verschlechterungen im Rentensystem und Einschränkungen des Streikrechts. Zusätzliches Geld gibt es neben Unternehmenssubventionen nur noch für die Aufrüstung der Bundeswehr. Hier bestätigt sich einmal mehr, dass Aufrüstung und Sozialabbau zwei Seiten derselben Medaille sind.

Diesem Klassenkampf von oben müssen Beschäftigte und Gewerkschaften im Bündnis mit sozialen Bewegungen entschlossenen Widerstand entgegensetzen....

- Nein zu jeglichen Kürzungen und Verschlechterungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Nein zu Einschränkungen von demokratischen Rechten – Hände weg vom Streikrecht
- Für eine massive Erhöhung der Steuern auf Gewinne und Vermögen der Banken, Konzerne und Superreichen
- Für Milliardeninvestitionen in Bildung, Gesundheit, Klima und Soziales – statt Milliarden für Aufrüstung und Militarisierung

Wir erklären unsere Bereitschaft, entsprechende Initiativen von unten selbst anzustoßen und dabei mitzuarbeiten. **Aufruf unterzeichnen:** <https://www.wir-schlagen-alarm.de/>